# Stadt Raguhn-Jeßnitz

# Sitzungsniederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 11.11.2020

Ort: Rathaus Jeßnitz (Anhalt) - Ratssaal im Erdgeschoss

Beginn: 19.00 Uhr Ende: 21.42 Uhr

# Teilnehmer

Anwesend: Abwesend:

Herr Hannes Loth
Herr Nils Naumann
Herr Bernd Marbach
Herr Manfred Dreißig

Herr Uwe Fromme Herr Tilo Hörtzsch Herr Manfred Paulik

Herr Steffen Berkenbusch

Aus der Frau Mädchen-Vötig - Fachbereichsleiterin Zentrale Dienste

Verwaltung: und Soziales und Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Herr Wolf - Kämmerer Frau Gramsch - Kämmerin Frau Riedl - Protokollantin

Gäste: Herr Berger - Stadtratsmitglied

# Vorläufige Tagesordnung

# Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit		
2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung		
3.	Einwohnerfragestunde		
4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.10.2020 (öffentlicher Teil)		
5.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung vom 14.10.2020 (Protokollkontrolle) sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)		
6.	Information des Bürgermeisters über die Annahme von Spenden		
7.	Stand der Vorbereitung zum Haushalt 2021		
8.	Vorberatungen zu den Beschlüssen des öffentlichen Teils der Tagesordnung zur Stadtratssitzung am 18.11.2020		
8.1	Bestellung einer/eines 2. Vertreterin/Vertreters für den Bürgermeister	70-2020	
9.	Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschussvorsitzenden		

# **Protokoll**

#### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Das Diktiergerät wird für die Aufzeichnung der Beratung in Betrieb genommen.

Die stellvertretende Bürgermeisterin, Frau Mädchen-Vötig, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt die anwesenden HFA-Mitglieder, die Mitarbeiterinnen und den Mitarbeiter aus der Verwaltung und den anwesenden Gast. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Die Beschlussfähigkeit ist mit 6 anwesenden HFA-Mitgliedern gegeben.

- 2. Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- keine Änderungsanträge

Abstimmung zum öffentlichen Teil der vorliegenden Tagesordnung: 6 Ja-Stimmen

- 3. Einwohnerfragestunde
- keine Anfragen
- 4. Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.10.2020 (öffentlicher Teil)
- keine Einwendungen

Abstimmung zum öffentlichen Teil der Niederschrift vom 14.10.2020: 3 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

5. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung vom 14.10.2020 (Protokollkontrolle) sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Eine entsprechende Ausreichung liegt allen Mitgliedern vor.

Information zum Lockdown-Light:

- Schließung Rathäuser seit 09.11.2020 für den Besucherverkehr
- Landkreis Anhalt-Bitterfeld gilt jetzt als Risikogebiet: Derzeitige Inzidenzzahl 57 ist momentan noch steigend
- Ministerium hat für die Schulen einen verschärften Hygieneplan erlassen, d. h. es besteht Maskenpflicht für die Kinder im Hof- und Flurbereich, nicht im Klassenzimmer
- Verfügung vom Landkreis zur Verschärfung der Hygienemaßnahmen in den Kindertageseinrichtung: Es besteht für die Erzieher, die gemischte Gruppen betreuen, eine Maskenpflicht. Die Stadt ist angehalten, Kohorten in den Einrichtungen zu bilden, d. h. die Kinder räumlich zu trennen, Gruppenbildungen vorzunehmen. Es ist in Bezug auf die Personalstärke äußerst schwierig umzusetzen. Auch die Räumlichkeiten lassen das nur begrenzt zu. Sollten Fälle von COVID-19 auftreten, kann es passieren, dass die Einrichtungen zu schließen sind (z. B. heute in Zörbig).
- Stand heute 3 Infektionsfälle in Raguhn-Jeßnitz, die bekannt sind; 9 Personen befinden sich in Quarantäne
- Sitzung im Dezember: Tagesordnungspunkt Eröffnungsbilanz ist beabsichtigt aufzunehmen und im Stadtrat beschließen zu lassen. Die Eröffnungsbilanz ist fertiggestellt. Dazu wird eine Haushaltsberatung durchgeführt, welche am 02.12.2020, um 09:00 Uhr stattfindet wird. Somit stehen die Mitarbeiter zur Klärung einzelner Detailfragen

zur Verfügung.

Herr Berkenbusch fragt, ob der Haushalt am Vormittag um 09:00 Uhr vorgestellt werden soll?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ja. Es sollen einzelne Punkte des Haushaltes vorgestellt und Punkte mit Abweichungen angesehen werden. Dazu könnten die Mitarbeiter antworten. Eine Arbeitsgruppe wie im letzten Jahr wurde nicht gebildet.

Herr Berkenbusch findet es völlig am Thema vorbei.

Frau Mädchen-Vötig erklärt, dass der Wunsch bestand, dieses Thema in einer Sitzung des HFA zu besprechen, was in dieser Art und Weise durchgeführt wird.

Herr Berkenbusch stellt den Antrag, dass das nicht früh um 09:00 Uhr stattfindet, sondern 19:00 Uhr, wie gehabt. Wie soll ein Ratsmitglied, welches Arbeiten geht, 09:00 Uhr ins Rathaus kommen und sich den Haushalt ansehen?

Er hat einen Antrag gestellt, welcher abgestimmt werden muss.

Frau Mädchen-Vötig erklärt, dass sie als Vorsitzende festlegt, wann die Sitzung stattfinden soll. Deshalb stellt sich diese Frage des Antrages nicht.

#### Weitere Ausführungen aus der Verwaltung

- Antrag des Stadtratsvorsitzenden auf Änderung der Hauptsatzung liegt vor. Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Stadtratssitzung am 18.11.2020 behandelt. Die entsprechenden Unterlagen liegen den Mitglieder des Stadtrates vor bzw. stehen im RIS zur Verfügung.
- Antrag einer Bürgerinitiative auf ein Bürgerbegehren gegen den Standort "Markescher Platz" ist zu erwarten. Die Verwaltung ist angehalten, die Bürgerinitiative bei der Durchführung des Verfahrens zu unterstützen. Entsprechende Zuarbeiten sind an die Bürgerinitiative in den nächsten Tagen zu leisten.
- Als Ausreichung zur heutigen Sitzung liegt jedem die Antwort der Kommunalaufsicht zum Beschluss Standort des Neubaus der Kita vor. (Zusammenfassung der Antwort auf der letzten Seite)

Herr Berkenbusch fragt, ob das die endgültige Antwort von Herrn Rosenfeldt ist? --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ja.

Herr Berkenbusch führt weiter aus, dass Herr Rosenfeldt geht nicht auf die Änderungsanträge eingeht. Er muss feststellen, dass die Änderungsanträge, die gestellt wurden, nicht Bestandteil seiner Prüfung waren. Er bittet jetzt, diese Sache der oberen Kommunalaufsicht zuzustellen sowie dem Bund der Steuerzahler, mit allen dazugehörigen Unterlagen.

# 6. Information des Bürgermeisters über die Annahme von Spenden

Eine entsprechende Ausreichung liegt allen Mitgliedern vor.

Frau Mädchen-Vötig richtet ihren Dank an alle Spender, die durch Sach- und Geldspenden diese Veranstaltungen unterstützt haben.

# 7. Stand der Vorbereitung zum Haushalt 2021

Herr Wolf erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Vorbereitungen zum Haushalt 2021 und die Schwerpunkte der Anhörungen aus den Ortschaften. Detaillierte Erläuterungen erfolgen zum Termin 02.12.2020.

#### Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Altjeßnitz

Herr Loth spricht zur Regenentwässerung an, dass das Aufgabe der großen Stadt ist und nicht der Ortschaft Altjeßnitz.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das ist eine Anregung der Ortschaft Altjeßnitz, was in den Haushaltsplan einfließen soll.

Herr Loth möchte wissen, ob die Regenentwässerung so schlecht ist, dass die Stadt nicht in der Lage ist, diese zu gewährleisten. Es ist kein Wunsch, sondern eigentlich eine Pflichtaufgabe.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Zumindestens nach der Meinung des Ortschaftsrates. Es ist in den Haushalt aufgenommen worden.

Sie spricht die Kürzung der Brauchtumsmittel an. Es wurde keine Erhöhung in den Haushalt aufgenommen. Der Ansatz ist analog 2020, im Rahmen der Konsolidierung.

#### Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Jeßnitz (Anhalt)

Herr Loth fragt, was sich Jeßnitz unter einer angemessenen Höhe der Brauchtumsmittel vorstellt?

--> Antwort Herr Fromme: Wenigstens den Stand den man im Jahr davor hatte, als es noch welche gab.

Herr Berkenbusch fragt in Bezug auf die Sanierung der Duschen im Kanuclub, ob es ein städtisches Gebäude ist, in welchen der Kanuclub eingemietet ist bzw. gepachtet hat? Wenn man pachtet, ist man dafür verantwortlich.

- --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es wird vom Kanuclub gepachtet. Diese Maßnahme wurde nicht in den Haushalt aufgenommen.
- --> Antwort Herr Fromme: Die Sanierung der Duschräume hat einen Umfang von 47.000 Euro hat. Der Kanuclub versucht es jetzt selbst über "ELER" zu realisieren.

#### Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Marke

# Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Raguhn

Herr Paulik fragt, warum die Vereinbarung (4.000,00 Euro aus den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters) mit Herrn Mantzsch zur Sanierung des Denkmals nicht eingehalten wurde? --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Momentan stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Es war die Rede davon, dass man sich dafür einsetzen wird, dass dieses Denkmal saniert wird. Der Bürgermeister hat momentan 2.500,00 Euro finanzielle Mittel für all seine Aufgaben zur Verfügung und dafür ist kein Geld vorhanden. Es ist auch eine freiwillige Aufgabe des Bürgermeisters.

Herr Paulik merkt an, dass man als Stadträte solchen Entscheidungen in Zukunft nicht mehr zustimmen kann, wenn Versprechungen gemacht und nicht eingehalten werden. Er spricht den Stadtratsvorsitzenden an, dass Herrn Mantzsch angeschrieben wird und man sich entschuldigt und um Nachsicht bittet, dass dies noch nicht umsetzbar ist.

Herr Naumann wird nachschauen, was dort stand.

Herr Berkenbusch fragt, warum das Feuerwehrdepot rausgenommen wurde? ---> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es nicht rausgenommen, sondern verschoben worden.

Herr Berkenbusch ist der Auffassung, dass hier schon einmal Varianten geplant werden könnten. Es war schon einmal in Richtung Salzfurth angedacht und es gab Vorstellungen,

wie das Feuerwehrdepot aussehen sollte. Wenn jetzt eine neue Planung erfolgen soll, könnte man es parallel anschieben. Man sollte versuchen, Fördermittel aufzutreiben und es nicht rausstreichen. Ihm ist klar, dass man es nicht nächstes Jahr bauen kann, aber es völlig herauszunehmen, hält er für nicht richtig. Dies müssten Sie dann der Ortsfeuerwehr erklären. Es bestätigt seine ärgsten Befüchtungen.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das Feuerwehrdepot wurde nicht gestrichen, sondern nur im Haushaltsplan verschoben. Man muss schauen, was sind die Prioritäten im Finanzplan. Hier liegt die Priorität beim Kita-Neubau.

Es gibt ein großes Defizit im Haushaltsplan und Sachverständigenkosten, die dann anfallen würden, verschlechtern das Defizit. Diese sind im Ergebnisplan einzustellen.

Herr Berger gibt zu bedenken, dass dieses Projekt vielleicht Berücksichtigung finden sollte bei der Auflistung zur "Kohleausstiegsförderung". Die Infrastruktur ist dort mit angedacht. --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das wird geprüft.

Herr Hörtzsch merkt an, dass dies der Argumentationskette widerspricht, die im Stadtrat dargelegt wurde. Wenn das Problem mit der Kita gelöst ist, dass dann an dem Standort ein neues Feuerwehrgebäude gebaut werden kann. Wenn man das innerhalb der nächsten 5 Jahre vorhat, sollte man es den Feuerwehrleuten auch sagen.

Noch ein Feld wurde gar nicht angesprochen: Elektroverteiler - war da nicht Gefahr im Verzug? So muss auch der Verteiler auf dem Marktplatz geprüft werden.

Herr Berkenbusch fragt, warum das rausgenommen wurde und wer das bearbeitet? --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ich werde im Bauamt nachfragen und es abklären.

Herr Berkenbusch merkt an, dass schon vor 2 Jahren das Dach der Grundschule gemacht werden sollte. Da hat sich bis heute nichts getan. Es muss unbedingt aufgenommen werden. Dort sind z. B. die Kopfbänder verfault. Es wurde immer wieder gestrichen und hat Priorität. --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Dies wird mit dem Bauamt abgeklärt.

#### Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Retzau

Her Loth fragt, warum das Buswartehaus nicht kommt und ob es eine Förderung gibt? Wenn es an 200,00 Euro Eigenanteil liegt, würde er sie bezahlen. Die Maßnahme kostet 5.000,00 Euro, die Teile liegen bereit und wird zu 90 % von Landkreis gefördert.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Die Antwort wird nachgereicht.

# Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Schierau, Priorau, Möst und Niesau

Herr Loth möchte wissen, wie der Stand zur Freigabe der Mittel zum Bau einer Garage für den Hänger der Wasserwehr ist.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es fehlen noch Zuarbeiten und Informationen der Wasserwehr Schierau, wozu diese Garage benötigt wird. Es ist vorgesehen, einen Antrag an das Landesverwaltungsamt auf Fördermittel zu stellen.

#### Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Thurland

Herr Berkenbusch fragt, wie man sich die Terminkette vorstellt?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Letztendlich entscheidet die Haushaltslage, was aufgenommen werden kann und was nicht. Bis dahin muss alles in Prioritäten eingeteilt werden. Momentan liegt die Terminkette nicht vor. Der Haushaltsplan ist nach derzeitigem Stand für die nächsten Jahre noch nicht ausgeglichen und somit ist es schwierig neue Maßnahmen aufzunehmen.

Herr Paulik erscheint die Summe 2.000,00 Euro für 4 Papierkörbe sehr hoch. Er möchte dazu eine Erläuterung.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es erfolgt eine Klärung mit dem Bauamt.

Herr Berger merkt an, dass vielleicht eine Bestandsaufnahme für alle Ortschaften gemacht wird und es mehr Papierkörbe für andere Ortschaften werden sollen.

Herr Loth verweist auf seine Anfrage im Stadtrat zu den Papierkörben im Stadtgebiet und die Antwort, dass es keine Übersicht dazu gibt.

Herr Wolf - Ausführung zur Anhörung der Ortschaft Tornau v. d. Heide, Lingenau, Hoyersdorf

- keine Anfragen -

Herr Wolf erläutert weiter anhand der Power-Point-Präsentation das Defizit in Höhe von 1,6 Mio. Euro.

Herr Paulik weist darauf hin, dass die Darstellungen auch leserlich dargestellt werden müssen.

# Herr Wolf - Fortsetzung der Ausführungen

Herr Paulik fragt, ob es eine Übersicht der Mittelanmeldungen gibt. Man muss auch klären, wo die 1 Mio. Euro für die JWG herkommen.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es gibt eine Übersicht über die Mittelanmeldungen.

Herr Loth fragt mit welcher Höhe die Kreisumlage in Prozent und Euro umgesetzt ist? --> Antwort Herr Wolf erklärt: 39,9 % - in Euro muss er nachschauen.

Herr Paulik fragt, ob schon die ganzen Lohnerhöhung enthalten sind? --> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ja, diese sind bereits enthalten.

Herrn Loth sind Kommunen bekannt, auch der Landkreis selbst, die diese Erhöhung noch nicht in den Haushalt einrechnen. Wenn man den Haushalt noch in diesem Jahr beschließt, kann nur das einfließen, was bekannt und beschlossen ist und nicht was vielleicht zum 01.01.2021 eintritt.

#### Herr Wolf - Fortsetzung der Ausführung (Zusammenfassung)

Herr Berkenbusch hält es für äußert gefährlich, wenn man die freiwilligen Mittel immer mehr zurückfährt, da die Stadt von den Leuten lebt, die sich ehrenamtlich engagieren. Er wird keinem Haushalt zustimmen, in welchen die freiwilligen Leistungen so weit runtergefahren werden, dass nichts mehr übrig bleibt.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es geht im Wesentlichen nicht um Aufwendungen im Ehrenamt, sondern auch um Leistungen bei der Straßenbeleuchtung, bei Anschaffungen im Kita-Bereich, um die Rasenmahd, Brauchtumsmittel, Verfügungsmittel des Bürgermeisters usw.

# Herr Wolf - Fortsetzung der Ausführung (Steigerung der Erträge)

Herr Berkenbusch fragt in Bezug auf die Hundesteuer nach der Höhe der Einnahmen und der notwendigen Aufwendungen?

--> Antwort Frau Gramsch: Die Einnahmen liegen bei ca. 50.000,00 Euro, aber auch die Aufwendungen für diese Steuer sind hoch. Eine genaue Zahl kann sie nicht benennen.

Es wird darauf verwiesen, dass es sich bei der Hundesteuer um eine Pflichtsteuer handelt.

Herr Loth möchte wissen, wie das Land festlegt, wie hoch die Gewerbe- und Grundsteuern A und B im Vergleich sein sollte und wieso steigt das jedes Jahr (Steuerkraftmesszahl)? Hat es vielleicht damit zu tun, dass alle Gemeinden sich angleichen und es dann nach oben springt? --> Antwort Frau Gramsch: Es ist eine statistische Zahl der durchschnittlichen Hebesätze im Land. Dieser ist im Finanzausgleichsgesetz des Landes festgeschrieben. Die neuen Zahlen sind die Grundlage, auch für die Ausreichung von Fördermitteln, die Zuweisung der Schlüsselzuweisung und der Kreisumlage.

Herr Paulik fragt, was die Verwaltung zur Wirtschaftsförderung macht? Im Moment liegt es im Aufgabenbereich des Bürgermeisters. Man hört aber nichts davon. Er verweist auf seinen Hinweis im Zusammenhang mit dem Bau der B6n, an der B 184 ein Gewerbegebiet zu bauen nahe der A9 und B6n. Wenn wir uns mit anderen Kommunen vergleichen, sollte man nach Sandersdorf-Brehna schauen, wo es funktioniert.

Herr Hörtzsch erklärt, dass es im Stadtrat eine Gewerbeanfrage gab, welche der Bürgermeister abgewiesen hat, weil sie wohl nicht geeignet war.

Herr Paulik fragt Frau Gramsch nach dem geminderten Gewerbesteuerhebesatz in Thurland, den es früher gegeben hat. Dort musste diese Differenz auch abgeführt werden. Wo sind die Mittel dafür hergekommen?

--> Antwort Frau Gramsch: Das haben Alle mitgetragen. Wenn man darunter liegt, muss man Strafe zahlen.

Herr Loth verweist auf Köthen. Die Stadt hat den höchsten Gewerbesteuerhebesatz im Landkreis und die Gewerbetreibenden verschwinden in Scharen nach Bitterfeld und Sandersdorf-Brehna.

Herr Loth merkt an, dass diese Zahl nicht stimmen kann. Der Corona-Einbruch kommt. Er meint, dass man den Haushalt so beschließen sollte. Es gibt dann eine Grundlage für Auszahlungen.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Die Stadt befindet sich in der Konsolidierung und mit diesem Haushalt wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Es gibt eine gesetzliche Vorgabe, die besagt, dass der Haushalt auszugleichen ist, d. h. die Einnahmen decken die Ausgaben. Es stellt sich die Frage, wie man das Konsolidierungsziel erreichen kann. Wie gleicht man das Defizit von 1,6 Mio. Euro aus. Das Problem ist, wir können und wollen Ausgaben nicht streichen und die Einnahmen können wir nicht ohne entsprechende Beschlüsse erhöhen. Letztendlich erhöht sich der Ausgabesatz, ohne dass die Einnahmen vorhanden sind. Wenn man den Haushalt mit einem Defizit von 1,6 Mio. Euro bei der einreichen Kommunalaufsicht würde. verlangt die Kommunalaufsicht ein Konsolidierungskonzept. Liegt dieses nicht vor, wird der Haushalt nicht genehmigt.

Herr Paulik merkt an, wenn man sich Kapitalerhöhung von der JWG in Höhe von 1 Mio. Euro sparen würde, stände man besser da. Und wenn man sich nicht so einen opulenten Kindergarten gönnt, wäre es auch preisgünstiger. Dann hätte man wieder Brauchtumsmittel. --> Antwort Frau Gramsch: Heute beschäftigen wir uns mit dem Ergebnisplan und nicht mit dem Finanzhaushalt (beinhaltet die 1 Mio. Euro).

# Herr Wolf - Fortsetzung der Ausführung - größter Posten: Bereich Personal

Frau Mädchen-Vötig erklärt, dass der Anteil der Personalkosten im Haushaltsplan ca. 6 Mio. Euro beträgt - Erläuterung anhand Präsentation.

 Erläuterung des Stellenplans als Anlage zum Haushalt, Anlage geringfügig Beschäftigte, Praktikanten, Azubi

- Erläuterung der Personalkosten Bereich Kita, Grundschule, Verwaltung, Bauhof, Bibliothek, Irrgarten
- Aufteilung auf die einzelnen Produktbereiche
- Übersicht der Entwicklung in den letzten 10 Jahren
- detaillierte Darstellung der Kostenexplosion im Bereich der Kita

Herr Berger verweist auf die Erläuterungen von Frau Römmling für den Gutspark zur Kulturförderung, dass Fördermittel für die Wegesanierung beantragt wurden. Personalkosten sind auch förderfähig.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Kennt die Förderrichtlinie nicht, aber dort sind nur geringfügig Beschäftigte. Es wird überprüft!

Kurze Diskussion zu den Beschäftigen im Bauhof.

Ausscheidende Kräfte im Bauhof werden derzeit nicht ersetzt. Dafür hat die Stadt 3 über die Komba geförderte Beschäftigte und diese befinden sich unter den informatorisch Beschäftigten im Anhang zum Stellenplan. Die Wiederbesetzung der ausscheidenden Kräfte erfolgt erst, wenn die geförderten Maßnahmen in 5 Jahren auslaufen.

Herr Berkenbusch fragt, ob der Gerätewart und der Bauhofleiter je eine Vollzeitstelle sind? Derzeit ist es eine Stelle? Schafft der Mitarbeiter alles? Wie soll das in Zukunft geregelt werden?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Beides sind Vollzeitstellen. Derzeit, das ist richtig, ist es eine Stelle, aber der Mitarbeiter schafft es nicht. Diese Stellen werden getrennt. Es wird eine zusätzliche Stelle für den Gerätewart geschaffen. Es ist aber vorgesehen, in den nächsten 2-3 Jahren diese Stelle mit dem Baumkontrolleur zu verschmelzen, sodass der Gerätewart und der Baumkontrolleur eine Stelle werden.

Herr Berkenbusch fragt an, wie Frau Mädchen-Vötig jetzt schon erklären kann, dass ein Feuerwehrmann diese Stelle bekommt und wie Sie das verantworten kann?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es gibt bestimmte Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um Gerätewart zu sein. Das wird sicher jemand sein, der der Feuerwehr angehört.

Herr Loth ergänzt, dass der Gerätewart dann alle Schulungen und Überprüfungen der Geräte usw. machen könnte.

Frau Mädchen-Vötig erläutert, dass es langfristig vorbereitet wird, dass der Gerätewart alle Lehrgänge besucht.

Herr Berkenbusch fragt, ob das schon 2021 passieren soll und ob das Personal schon eingepflegt und in der Kalkulation enthalten ist?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ja, diese Stelle ist im Stellenplan und in der Kalkulation enthalten.

Herr Loth fragt, ob die Stadt perspektivisch den Bauhof behalten will?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ja. Dazu fand am heutigen Tag eine Rücksprache mit dem Bauamt statt. Der Bauhof ist die Alternative, wenn man für bestimmte Leistungen keine Firmen gewinnen kann. Z. B. sollen die Mitarbeiter so geschult werden, dass sie kleine Reparaturen z. B. an Straßen selbst erledigen können.

Herr Hörtzsch fragt, ob es unabhängig davon, die Bauhofmitarbeiter dürfen?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Noch nicht, aber die Mitarbeiter des Bauhofes sollen entsprechend geschult werden.

Herr Berkenbusch warnt davor.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Es gibt aber viele Bereiche. Es geht nicht nur um Reparaturen, sondern es geht um Reparaturen an Gebäuden. Es gibt massive Probleme damit, diese Leistungen zu vergeben.

Herr Hörtzsch erinnert, dass sie auch an die Handwerksordnung, Anlage A denken soll.

#### Fortsetzung der Präsentation

• detaillierte Darstellung der Kostenexplosion im Bereich der Kita

Hinweis, dass der Kita-Neubau noch nicht enthalten ist.

Herr Berkenbusch fragt, warum? Die Kosten, die in den Ausgaben stehen, würden somit auch höher werden.

Frau Mädchen-Vötig bejaht und erklärt, dass die Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Herr Berkenbusch merkt an, dass Varianten gerechnet wurden, Experten sich das angeschaut haben und nun muss doch gesagt werden können, dass es um 100.000, um 200.000, 300.000 Euro steigen würde. Wo kommt man im Jahr 2023 raus?

Frau Mädchen-Vötig erläutert, dass die Kita erst 2024 enthalten ist.

# Fortsetzung der Präsentation: Tendenz Personalkosten und Sachkosten

Herr Berkenbusch fragt, wie Frau Mädchen-Vötig ihre Ausarbeitungen zum Kita-Neubau und den Elternbeiträgen begründet mit den Variantenvergleichen. Das passt nicht.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Richtig. Das Defizit basiert auf den Zahlen aus 2020. Das hier ist die aktuelle Kalkulation, welche anzupassen ist, sofern die Haushaltszahlen vorliegen. Man ist davon ausgegangen, dass das Defizit nicht steigt, aber es steigt erheblich, durch die Tariferhöhungen, fehlende Zuweisungen vom Land und auch durch Corona. Diese Sachen kann man nicht einkalkulieren.

Herr Berkenbusch widerspricht, dass diese steigenden Kosten absehbar sind. Wenn Sie bis 2023 vorausgeplant haben, wusste Sie es auch bei den Variantenvergleichen und wusste, dass es steigt. Es war eine "Milchmädchen-Rechnung", die dort vorgelegt wurde mit den 600 Euro pro Krippenplatz, Argument der Steigerung um 230 %.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Bei dem Kita-Neubau war eine Liste dabei, welche die Tendenz und die fiktiven Kosten aufzeigen sollte. Diese Liste war in den Anlagen zur Beschlussvorlage vorhanden.

### Fortsetzung der Präsentation:

• Vergleich aller Kommunen untereinander

Herr Berkenbusch fragt, ob es das Fazit ist, dass die Kinderbeiträge jährlich anzupassen sind, sodass dieses Defizit nieder ausfällt?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Eine jährliche Anpassung, ja, aber die Beiträge müssen konkret in der Satzung stehen und auch jährlich kalkuliert werden.

Herr Wolf - Fortsetzung der Erläuterungen: Wie kommt die Haushaltplanung zeitlich voran.

 Erläuterung der Zeitschiene zum Haushalt und zum Konsolidierungskonzept → Ziel: genehmigter und veröffentlichter Haushalt Ende Mai

Herr Loth hält es für wenig ambitioniert und fragt, wie man es kürzen kann, um schneller

voranzukommen. Wenn man nicht bis zum Ende des Jahres beschließt, könnten Dinge kommen, die den Haushalt "zerschießen". Man sollte den Haushalt vor dem 31.12. bei der Kommunalaufsicht zur Prüfung abgeben. Viel kann nicht geändert werden. Erhöhungen schließt er aus. In der eben kurz vorgestellten Runde war es nur das Übliche: Steuern und Abgaben erhöhen. Bei den Einsparungen war auch nur die Streichung von freiwilligen Leistungen vorgesehen. Er ist für eine Beschlussfassung noch in diesem Jahr.

Herr Berkenbusch kommt auf die Ausführungen zu Einnahmeerhöhungen wie die Erhöhung der Gewerbesteuern, Grundsteuern usw. und auf die steigenden Kosten in der Kita zurück. Er fragt, wo man aus Sicht der Verwaltung Einsparpotential sieht. Welche Ideen gibt es, um einen großen Teil Mittel einzusparen?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das Problem ist, dass es laufende Verträge, die erfüllt werden müssen, gibt. Es liegen die Anmeldungen der Ortschaften vor. Es besteht der Bedarf an Reparaturen und die entsprechenden Personalkosten. Es gibt Sachen, auf welche man in dem Jahr verzichten könnte, diese wären im nächsten Jahr auf der Agenda. Die Kosten für die Digitalisierung sind hoch und diese Auswirkungen lassen sich im Moment nicht beziffern. Diese Sachen wurden im "Muss und Kann" entsprechend berücksichtigt. Es ist verwaltungsseitig sehr schwer zu beurteilen, ob eine Kita eine neue Sitzbank, ein neues Spielgerät benötigt. Man kann es runterschrauben, aber "wollen wir/Sie das"? Bei vielen Sachen bedarf es einer politischen Meinung, worauf legen die Räte wert?

Herr Berkenbusch möchte, dass die Verwaltung vorschlägt, was einzusparen wäre. Es wurde in der Dienstberatung diskutiert und bei diesen Zahlen könnte man jetzt ansetzen. Diese Zahlen möchte er konkret.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Diese Zahlen sind Bestandteil der großen Tabellen und können zur Verfügung gestellt werden. Es sind 240.000 Euro, welche die Verwaltung einsparen würde. Das ist nicht ausreichend.

Herr Berger kommt auf den Vorschlag von Herrn Loth zurück, den Haushalt noch in diesem Jahr zu beschließen. Vielleicht könnte die Sondersitzung eine Woche eher stattfinden. Dann könnte man hauptsächlich im Konsolidierungskonzept Vorschläge bringen, um den Haushalt zu verbessern. Dann bekommt man den Haushalt in der 3. Dezemberwoche vielleicht zustande. Vorberaten ist der Haushalt jetzt oder man könnte es als Vorberatung werten.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das Problem ist das Konsolidierungskonzept. Wenn man den Haushalt mit dem Defizit und ohne Konsolidierungskonzept einreichen würde, wird keine Genehmigung erteilt.

Herr Loth merkt an, dass es am Ende eine politische Entscheidung ist und man sehen muss, wie der Bürgermeister es umsetzt. Nehmen Sie z. B. die 1,5 % Gehaltserhöhung raus und bei den Einnahmen z. B. Grundstücksverkäufe mit hinein.

Herr Hörtzsch spricht die 3 Monate Dauer an. Ende Mai ist das Jahr gelaufen und man braucht keine Investitionen mehr zu starten.

Frau Mädchen-Vötig wird versuchen, die Bearbeitungszeit zu beschleunigen.

8.	Vorberatungen zu den Beschlüssen des öffentlichen Teils der Tagesordnung zur
	Stadtratssitzung am 18.11.2020

8.1	Bestellung einer/eines 2. Vertreterin/Vertreters für den	70-2020
	Bürgermeister	

Frau Mädchen-Vötig macht kurze Ausführungen zum Sachverhalt. Der Beschlussvorschlag beinhaltet die Abberufung von Frau Gramsch als 2. Stellvertreterin und die Berufung von Frau Römmling wird von der Verwaltung vorgeschlagen. Sie verweist darauf, dass im

Stadtrat dazu eine Wahl erforderlich ist.

Herr Berkenbusch fragt, warum Frau Römmling heute im HFA nicht anwesend ist. Vielleicht hätte man dann Fragen an sie richten können, z. B. ob sie überhaupt möchte.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Da müssen Sie sich auf mich verlassen. Ich habe mit ihr gesprochen und sie wäre bereit dazu, sonst wäre der Beschlussvorschlag so nicht formuliert worden.

#### Herr Loth stellt den Antrag auf Streichung Absatz 2 im BV-Text.

Herr Berkenbusch setzt fort, dass Frau Römmling sich hätte heute den Fragen stellen müssen, wenn Sie 2. Stellvertreterin werden möchte.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Das "möchte" ist relativ, da es eine weitere Aufgabe ist und es nicht leicht war, jemanden aus der Verwaltung zu finden, der dafür bereit ist. Aber sie ist bereit dazu, diese zusätzliche Aufgabe zu übernehmen.

#### Abstimmung zum Antrag von Herrn Loth, Streichung Punkt 2: 6 Ja-Stimmen

Beschluss 70-2020 lautet wie folgt:

1. Frau Gramsch wird mit Wirkung ab 01.01.2021 als 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters abberufen.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 7 davon anwesend : 6

Abstimmung Ja : 6 Nein : 0 Enthaltungen : 0

Mitwirkungsverbot : 0

9. Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschussvorsitzenden

Herr Berkenbusch berichtet von einer Sitzung im Kreistag am gestrigen Tag, wo eine Analyse der Gewerbestandorte im LK Anhalt-Bitterfeld vorgestellt wurde.

Frage zum Gewerbegebiet am Halleschen Tor in Jeßnitz: Es sind 1,2 ha erschlossenes Gewerbegebiet ausgewiesen. Ist das das Gelände von Herrn Salzmann?

--> Antwort Herr Fromme: Die Gesamtfläche von 1,2 ha war als Mischgebiet vorgesehen. Rechter Hand - gewerblicher Bereich und linker Hand - Wohnbereich. Der gewerbliche Bereich wurde schon mit dem Netto-Markt begonnen. Außerdem befindet sich dort noch das Gebäude der Telekom.

\_\_\_\_\_

Herr Berkenbusch bezieht sich weiter auf das Gewerbegebiet West in Raguhn. Hier wurden 19 ha Gewerbefläche ausgewiesen. 9 ha wurden noch als verfügbare Fläche ausgewiesen, die auch teilerschlossen ist. Er möchte von Frau Mädchen-Vötig wissen, wo diese Flächen sind. Wie kann man eine solche Auskunft an den Landkreis geben, wenn man weiß, dass das Gewerbegebiet Raguhn nicht weiter erschlossen werden soll, nach der Aussage des Bürgermeisters.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Ich denke, dies ist Bestandteil des Flächennutzungsplanes.

Herr Berkenbusch erklärt, dass man 12 Jahre benötigt hat, um den Ergänzungsflächennutzungsplan vorzubereiten. Jetzt sind die Flächen in diesem Ergänzungsflächennutzungsplan als Gewerbestandort eingetragen. Aber die Verwaltung hat sich noch keine Gedanken gemacht, wie sie dieses Gebiet dort oben entwickelt. Es steht teilerschossen und er fragt sich "wo"?

Diese Mitarbeiterin des Landkreises war verwundert, dass es nicht so ist. Nun geht der Landkreis damit in die Öffentlichkeit und präsentiert 9 ha als noch zur Verfügung stehende Gewerbeflächen in Raguhn, die nicht vorhanden sind.

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Die Antwort wird nachgereicht.

Herr Hörtzsch merkt an, dass das auch erklärt, warum es Gewerbeanfragen an den Bürgermeister gab.

Herr Berkenbusch erklärt, dass darauf ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung steht mit der Durchwahl-Nr. 720-447. Wer ist dieser Mitarbeiter? Und hat dieser Mitarbeiter das weitergeleitet?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Frau Eurich - wenn das Bestandteil des Flächennutzungsplanes ist, dann bestimmt. Die Anfrage wird an Frau Eurich weitergeleitet.

Herr Berkenbusch möchte, dass das gestrichen wird, da keine Flächen zur Verfügung stehen.

Herr Hörtzsch merkt an, dass man im Haushaltsplan vielleicht die Entwicklung des Gewerbegebietes mit aufnehmen kann, damit man die Refinanzierung unseres Kapitals hinbekommt.

Herr Berkenbusch stellt den Antrag in Bezug auf die Analyse des Landkreises zu den Gewerbestandorten in Anhalt-Bitterfeld, dass die dort ausgewiesenen 9 ha Gewerbefläche in Raguhn West erschlossen werden, um hier Gewerbe anzusiedeln und die Gewerbesteuereinnahmen zu erhöhen.

Die Flächen sind käuflich zu erwerben und die Stadt Raguhn-Jeßnitz bzw. die Verwaltung hat sich unmittelbar nach der Sitzung die ersten Gedanken zu machen, wie das umzusetzen ist.

Frau Mädchen-Vötig nimmt es als Empfehlung auf. Im Haushaltplan aufzunehmen, dass die Flächen käuflich zu erwerben sind, ist gesetzlich nicht möglich.

Herr Berkenbusch merkt an, dass es ausgewiesen ist als noch verfügbare Flächen der Stadt Raguhn-Jeßnitz. Dann entwickeln Sie dieses Gewerbegebiet.

Antrag wird von Herrn Berkenbusch umformuliert: Die Verwaltung wird beauftragt, das Gewerbegebiet Raguhn-West zu entwickeln und Planungen vorzulegen, um diesen Gewerbestandort Verfügung zu stellen, nach der Analyse des Landkreises, was schon gemeldet wurde.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Berkenbusch: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Herr Loth fragt:

1. Wie sieht es mit der Erweiterung des Norma-Marktes aus? Ist dort mittlerweile alles geklärt, was an Fragen offen war (Architekt, Linien ziehen)?

2. Bahnhof Raguhn, derzeit sind wieder alle Fenster aufgebrochen. Was ist mit dem Ein- und Ausstieg der Jugendlichen?

3. Liste der Projekte, die zur Förderung gemeldet wurden – der Bahnhof Jeßnitz soll umgestaltet werden als Gemeinschaftsprojekt der Städte Bitterfeld-Wolfen und Raguhn-Jeßnitz. Wie hoch ist unser Förderanteil?

4. Die Verlegung des Haltepunktes bzw. Einstieges Jeßnitz (Bahnhof) war einmal im Gespräch, ist das noch geplant?

--> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Die Anfragen werden weitergeleitet/abgeklärt.

--> Antwort Herr Berger: Im Bauausschuss am 03.11.2020 wurde durch Frau Römmling vorgestellt, das Projekt zur Kohleausstiegsförderung mit einzubringen. Dort würde nach jetzigem Stand eine Förderung von 100 % erfolgen. 90 % Förderung durch den Bund und das Land hat sich bereit erklärt, den Eigenanteil von 10 % zu tragen.

In diesem Zusammenhang hat Herr Naumann erklärt, dass die Verlegung der Einstiegsstelle nicht mehr zur Debatte steht.

Herr Hörtzsch kommt auf den Bereich Bahnhof Raguhn zurück. Dort befindet sich ein Gewerbegrundstück mit einer Einfriedung. Diese Einfriedung lässt "zu wünschen übrig". Der Gewerbetreibende, welcher dort seine Fahrzeuge abstellt, müsste diese so sichern, dass dort die Jugendlichen nicht spielen können, da dort die Gleise verlaufen.

Herr Berkenbusch informiert, dass er dazu heute ein Bürgergespräch hatte. Es wurde darüber schon im Ausschuss Ordnung und Sicherheit gesprochen. Er wurde von den Leuten gefragt, wie das mit den Fahrzeugen umwelttechnisch ist, wenn dort Öl austritt und dieses versickert. Das müsste vielleicht geprüft werden, wie die beschaffen sind. Dort war schon einmal eine Tankstelle.

Herr Hörtzsch merkt an, dass es hierzu schon eine Antwort gab. Damals hieß es, dass das alles Privatsache ist.

Herr Berkenbusch erklärt, dass es jemand war, der in seinem Betrieb vorweisen musste, wo die Fahrzeuge abgestellt wurden und dass nichts ins Erdreich sickert. Eine Überprüfung ist erforderlich, da dort auch Wracks stehen.

Herr Loth bittet darum, sich vorgenannten Sachverhalt auch in Retzau anschauen.

\_\_\_\_\_

Herr Naumann fragt nach dem Bearbeitungsstand der Straßenausbaubeiträge Thurland? Im 1. und 2. Quartal sollten die Bescheide verschickt werden.

Herr Hörtzsch fragt, ob dort nicht nach 1 oder 2 Jahren die Verjährung eingetreten ist. ---> Antwort Frau Mädchen-Vötig: Die Verjährung ist nicht eingetreten. Die Frage zum Sachstand wird geklärt.

20:50 Uhr Ende öffentlicher Teil (Frau Gramsch und Herr Wolf verlassen die Sitzung)